

## **Änderungsantrag**

**der Fraktion der SPD**

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997**  
**– Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6009, 13/6025, 13/6026, 13/6027**

**hier: Einzelplan 09**  
**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 09 02 – Allgemeine Bewilligungen – wird in Titelgruppe 10 – Hilfen für die Werftindustrie – bei Titel 662 74-634 – Zinszuschüsse zur Finanzierung von Aufträgen an die deutschen Schiffswerften – der Haushaltsvermerk „Die Erläuterungen zu 2. sind verbindlich.“ gestrichen und Punkt 2 der Erläuterungen wie folgt ergänzt:

„Für ostdeutsche Werften vorgesehene, aber nicht verbrauchte Mittel der 8. Tranche des VIII. Werfthilfeprogramms dürfen auch für westdeutsche Werften verwendet werden.“

Bonn, den 27. November 1996

**Rudolf Scharping und Fraktion**

### **Begründung**

Die Mittel der 8. Tranche des Werfthilfeprogramms waren in einen Ost- und Westteil getrennt. Die Mittel der 8. Tranche für die Westwerften sind aufgebraucht. Für die Ostwerften steht noch eine Restsumme in Höhe von 130 Mio. DM zur Verfügung. Diese Mittel werden von den Ostwerften nicht bzw. nicht im vollen Umfang abgerufen. Die Trennung der Mittel in Ost und West war seinerzeit aus systematischen Gründen gerechtfertigt. Die Entwicklung zeigt jedoch, daß eine solche Trennung nicht mehr zweckmäßig ist. Diese Auffassung steht nicht im Widerspruch zu derjenigen der Werften in Mecklenburg-Vorpommern. Mit der neuen Formulierung werden die freien Mittel, die von den Ostwerften nicht, von den Westwerften zur Erhöhung der Absatzchancen aber dringend benötigt werden, verfügbar gemacht.

